



# Dringliche Interpellation

betreffend **Privatisierung Verkehrskontrollen, Verzicht**

eingereicht von: Gemeinderat David Hauser, namens der SP-Fraktion

am: 20. November 2006

Geschäftsnummer: 2006/081

---

## Text und Begründung

Das Departement Sicherheit und Umwelt prüft derzeit die Privatisierung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Konkret soll der Dienst, welcher von Verkehrsbeamtinnen geleistet wird, an eine private Sicherheitsfirma ausgelagert werden. Konkret erhofft man sich dadurch Einsparungen, die allerdings lediglich durch tiefere Personalkosten realisiert werden können. Neben den negativen personellen Auswirkungen, welche von oft seit Jahren angestellten Frauen getragen werden müssten, sind auch staatspolitische Bedenken angebracht, wenn hoheitliche Aufgaben (wie das Aussprechen von Ordnungsbussen) an Private delegiert werden. Schliesslich ist die rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Auslagerung äusserst fraglich: So behält das eidg. Ordnungsbussengesetz (OBG) das Aussprechen von Ordnungsbussen einem ermächtigten Polizeiorgan zu (Art. 2 OBG), das zudem zum Tragen einer Dienstuniform verpflichtet ist (Art. 4 OBG). Ein Verzicht auf dieses Erfordernis für den ruhenden Verkehr setzt einen regierungsrätlichen Beschluss (Art. 4 OBG)voraus. Ein solcher existiert im Kanton Zürich nicht. Angesichts dieser grossen rechtlichen und politischen Bedenken, angesichts der Tatsache, dass die Verunsicherung im Korps das ganze Reformpaket (also auch erfolgsversprechende Elemente) gefährdet und dass eine Privatisierung der Verkehrskontrollen politisch chancenlos ist, stelle ich folgende Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat dazu, dass in Zukunft anstelle von uniformierten Verkehrsbeamtinnen private Ordnungshüter in Fantasieuniformen unser Stadtbild prägen?
2. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass die Wahrnehmung hoheitlicher Tätigkeiten zu den Kernaufgaben des Staates gehören?
3. Wie stellt sich der Stadtrat zur Tatsache, dass eine Privatisierung übergeordnetem Recht widerspricht?
4. Ist der Stadtrat von sich aus bereit, auf eine Privatisierung der Verkehrskontrollen zu verzichten, dies auch sofort zu kommunizieren und sich damit auf die prüfenswerten Elemente des Massnahmenpakets zu konzentrieren?